Haushaltsrede zum Doppelhaushalt 2019/2020

Von Ingo Steiner, Fraktionsvorsitzender DIE GRÜNEN im Kreistag Rhein-Sieg

Siegburg, 17. Dezember 2018

Sehr geehrter Herr Landrat,
Sehr geehrte Damen und Herren,

Nach der Einbringung des Haushaltsentwurf durch die Verwaltung sagte mir ein SPD-Kreistagskollege, er habe noch nie einen so langweiligen Haushalt gesehen. Ich frage mich, wie ein solches Zahlenwerk spannend sein kann. Um ihn spannender zu machen, hat die SPD eine Reihe von Anträgen gestellt, mit denen sie diesen Haushalt aufpeppen wollen. Jupp Schmitz hat den Kern der SPD-Anträge in einem Karnevalslied besungen: Wer soll das bezahlen? Wer hat soviel Geld?

Befassen wir uns mal inhaltlich mit zwei SPD Anträgen:

Kostenlose Kitas bis 2025

Im SPD-Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2017 wird eine beitragsfreie KiTa versprochen. In der aktuellen Beratung hat Ministerin Giffey einen Vorschlag eingebracht für beitragsfreie Kitas bei niedrigen Einkommen. Im Rahmen des Projekts „Gute Kitas“ wird genau dafür Geld bereitgestellt. Die SPD Rhein-Sieg hingegen möchte, dass der Kreis die Beitragsfreiheit für alle finanziert, nicht nur für Menschen mit niedrigem Einkommen, sondern für alle Kitas der Gemeinden beim Kreisjugendamt. Sie unterschlägt auch, dass die Kommunen auch bereits einkommensabhängig abgestufte Gebührensätze haben und gebührenfreie Kitas überproportional den besser verdienenden Einkommensschichten zugutekommen. Die steigende Jugendamtsumlage, denn die Kosten werden 1:1 in der Jugendamtsaumlage von den Kommunen bezahlt, müssten die betroffenen Kommunen finanzieren, voraussichtlich nur durch eine Erhöhung der Grundsteuern. Diese ginge dann auch zu Lasten auch der Menschen mit niedrigen Einkommen.

365-Euro-Ticket

Nehmen wir das zweite Beispiel, das 365-Euro-Ticket. Ursprünglich eine Forderung der GRÜNEN Jugend im letzten Landtagswahlkampf und jetzt abgeschrieben von den Jusos. Was unterscheidet die GRÜNE Jugend von den Jusos, sie haben es landesweit gefordert mit entsprechender Subvention des Landes. Die Jusos wollen es im Rhein-Sieg-Kreis auf Kosten der Kommunen, denn diese finanzieren den ÖPNV im Kreis durch ÖPNV-Umlage und Kreisumlage.

Nehmen wir die Tarifsystematik und bestehenden Verbundverträge, könnte der Kreis dieses Ticket einführen, muss aber dann die kalkulierten Einnahmeverluste den anderen Verkehrsunternehmen erstatten. Genau das passiert gerade in Bonn; nur mit dem Unterschied, dass es vom Bund im Rahmen von Lead City gefördert wird.

Würde es der Kreis allein einführen, würden sich die ÖPNV-Kosten von jetzt schon über 30 Mio. Euro mehr als verdreifachen. Das wiederum wäre durch eine höhere ÖPNV- und Kreisumlage von den Kommunen zu bezahlen.

Ja richtig, es soll ja nur geprüft werden. Aber genau dieser Prüfauftrag läuft ja bereits, wie man die Finanzierung des ÖPNV neu aufstellen kann, um auch solche Preismodelle wie das-365-Euro Ticket zu ermöglichen. Aber er wird dort gemacht wo er hingehört, beim Verkehrsverbund Rhein-Sieg und geht auf eine GRÜNE Initiative zurück. Parallel wird dort zudem untersucht, was man tun kann um kurzfristig die benötigten 30% Menschen mehr zu befördern.

Ich will es damit auch bei den SPD-Anträgen belassen und ihnen aufzeigen, wie man einen verantwortungsvollen und realistischen Haushalt aufstellt. Dabei hatten wir bereits beim letzten Doppelhaushalt verbindlichen Zusagen an die Kommunen gemacht, insbesondere zur weiteren Entwicklung der Kreisumlage. Hier wurden wir allerdings durch eine Änderung der Auszahlungssystematik des Bundes bei den Mitteln der Unterkunft an die Kommunen nach Einbringung des Haushaltsentwurf überrascht. Bisher wurden diese Mittel, rund 10 Mio. Euro, an den Kreis gezahlt und sind über eine dadurch geringere Kreisumlage den Kommunen zugutegekommen. Zukünftig wird der Großteil dieser Mittel, rund 7 Mio. Euro, direkt an die Kommunen über ihren erhöhten Umsatzsteueranteil weitergeleitet, fehlt dadurch aber dem Kreis. Da wir aber zu diesem Zeitpunkt bereits klare Zusagen für die Umlagesätze gemacht hatten, haben wir nach anderen Einsparmöglichkeiten gesucht.

Wir stehen zu unserer Aussage, CDU und GRÜNE sind und bleiben ein verlässlicher Partner für die Kommunen.

Das zeigt sich aber auch im Bereich des ÖPNV-Angebotes, wo der Kreis für die Kommunen der Aufgabenträger ist. Bereits in den letzten Jahren wurden hier kontinuierlich mit den Kommunen die Angebote vor Ort optimiert und verbessert. Wichtig war es mir als Vorsitzender des zuständigen Fachausschuss vor allem, dass dieses auch im engen Austausch mit der Politik in den Kommunen erfolgt. Dank des hervorragenden Teams um André Berbuir wurde es auch genau so umgesetzt.

Neue Herausforderungen wie Dieselfahrverbote zeigen, dass diese Vorgehensweise der richtige Weg ist. Auch in diesem Jahr haben wir in verschiedenen Kommunen die Angebote überprüft, optimiert und verbessert. Mit zusätzlichen 700.000 Wagenkilometern wurde auf die Nachfragen in den Kommunen reagiert. Im nächsten Jahr stehen weitere Optimierungen und Verbesserungen an, die im Zusammenhang mit Lead City erfolgen.

Neben der Angebotsverbesserung werden wir aber auch in der Infrastruktur des Fahrzeugparks unserer Verkehrsgesellschaft RSVG investieren und wollen den Fuhrpark auf Euro VI bis Ende 2020 umstellen. Mit der beschlossenen Anschaffung von Hybridbussen sind wir hier gut aufgestellt. Gleiches gilt für die RVK, die im linksrheinischen fährt. Hier hat man das Ziel zukünftig nur noch Wasserstoffbusse mit 0% Emissionen einzusetzen.

Wir haben im Bereich des Sozialamtes mit verschiedenen Organisationsuntersuchungen die Situation analysiert. Das Ergebnis hat deutlich gemacht, dass wir in mehreren Bereichen unterbesetzt sind und wir haben aus diesem Grund auch mehr Stellen in den Stellenplan eingestellt und etatisiert. In unseren Gesprächen mit den Wohlfahrtsverbänden haben wir uns auch darlegen lassen, was aus Sicht der Fachleute erforderlich ist und entsprechend Posten in den Haushalt aufgenommen. Ja, wir haben es abgelehnt, die Kosten für ein weiteres Frauenhaus in den Haushalt einzustellen, weil wir hier Land und Bund in der Pflicht sehen. Aus diesem Grund wollen wir für den Kreis ein Konzept „Schutzangebot für Frauen und Kinder“ erstellen und prüfen sowie uns darstellen lassen, welche Fördermittel in Anspruch genommen werden können.

Aufregung gab es um die Diskussion der Befreiung der Tafeln von den Müllgebühren. Hierzu wurde in unserem Gespräch mit den Wohlfahrtsverbänden kein Bedarf angemeldet. Es ist vieles in der Diskussion und Berichterstattung in den sozialen Medien bewusst falsch transportiert und interpretiert worden, was nicht zu einer sachlichen Befassung geführt hat. Für GRÜNE stehen die Sachfragen im Vordergrund und nicht populistischer Wahlkampf. Um diese Situation in angemessener Form prüfen zu können, hatten wir den Antrag zuerst bis zum Finanzausschuss vertragen. Die Zeit dazwischen haben wir für intensive Gespräche u.a. mit dem SKM genutzt, wo sich das Problem der Tafeln deutlich differenzierter dargestellt hat. So gibt es die Forderung einer Erstattung der Müllgebühren nur von der Eitorfer Tafel. Aber es gibt auch andere Tafeln, die z.B.

Probleme mit einer zu hohen Miete oder anderen Kosten, die sie drücken, haben. Das haben wir in der Koalition erkannt und aus diesem Grund einen Betrag als institutionelle Unterstützung der Tafeln in Höhe von 10.000 Euro zur Verfügung gestellt.

Dieses haben wir getan, obwohl die Unterstützung der Tafeln eine Aufgabe der Kommunen ist und wir erwarten, dass diese hier auch aktiv werden. Auch muss man wissen, dass die Abfallgebühren sich ja nur von den Lebensmittelgeschäften zu den Tafeln verlagern, denn gäbe es keine Tafeln müsste der Supermarkt ja die Entsorgung der gesamten gespendeten Lebensmittel übernehmen. Aus diesem Grunde gibt es ja auch eine grosse Unterstützung der Tafeln durch verschiedene Konzerne oder ihren Stiftungen.

Zudem haben wir die allgemeine Sozialberatung aufgestockt und viele kleinere Verbesserungen bei der guten Arbeit der Wohlfahrtsverbände erreichen können. Doch man muss nicht jede Unterstützung mit Geld hinterlegen, das Jubiläum 30 Jahre Kinderrechte werden wir im Rahmen und Budget der Feiern zu Jubiläum 50 Jahre Rhein-Sieg Kreis begehen.

Interessant finde ich die Einschätzung der SPD, man kann sie in Facebook nachlesen, dass die Schwarz/GRÜNE Koalition mit Geld nicht umgehen kann und man den klugen Anträgen der SPD zum Verlauf der RWE-Aktien nicht gefolgt ist.

Wären wir den „klugen Anträgen“ der SPD bereits früher gefolgt, wären Kreisumlage und ÖPNV-Umlage deutlich höher, weil Dividenden der RWE die Verluste in der RSVG nicht reduziert hätten. Auch hätten wir nicht mit einem Verkauf eines Teils der Aktien zum historisch hohen Kurs unseren Haushalt sanieren können. Das war vor der Einführung von NKF. Nach der Einführung von NKF mussten wir die Aktien zu diesem hohen aktuellen Kurs aktivieren. Lange unklar war, wie nach dem Absturz des Kurses durch die Katastrophe von Fukushima mit der Abschreibung umzugehen ist. Nachdem die bilanzielle Abwertung durch das Land geregelt und durch den Kreis umgesetzt werden musste, haben wir konsequent die Aktien wieder in unsere eigenen Gestaltungshoheit zurückgeholt und logische Konsequenz ist es jetzt auch einen Verkauf der gesamten Aktien als Ziel zu definieren. Was wir aber nicht wollen, dass diese Einnahmen dann im Haushalt verschwinden, sondern wir wollen das dieses Geld gut angelegt wird, sei es durch Abbau von Schulden (Kredite) oder in Investition im Kreis in der energetischen Sanierung. Hier sind wir ergebnisoffen und wollen es deswegen nächstes Jahr im zuständigen AK Konsolidierung besprechen. Eins kann ich aber deutlich sagen, Aktien sind keine Alternative mehr, denn eine solche Geldanlage ist für die kommunale Hand auf Dauer nicht geeignet.

Ich möchte jetzt zum Schluss kommen. Für mich war dieser Haushalt und auch die Haushaltsberatung alles andere als langweilig und das Ergebnis ist ein weiterer guter Haushalt mit deutlicher schwarz/grüner Handschrift.

CDU und GRÜNE gestalten jetzt seit 19 Jahren die Haushalte des Kreises mit dem klaren Ziel einer Entlastung der Kommunen. Dieser Linie bleiben wir mit diesem Haushalt treu und sind weiterhin einer der Flächenkreise mit der niedrigsten Kreisumlage.

Wir werden uns weiter sachlich und vor allem intensiv mit allen Themen auseinandersetzen. Da müssen auch mal politische Wünsche zurückgestellt werden, den wir als Koalition im Kreis arbeiten nicht zum Wohl der Fraktionen, sondern zum Wohl der Kommunen und ihrer Bürger

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

Es gilt das gesprochene Wort.